

Naziaufmärschen am 16. Oktober 2010 widersetzen

Seit Anfang September bewerben die sogenannten „Nationalen Aktivisten“ nunmehr gleich drei Aufmärsche im Leipziger Stadtgebiet. Am 16. Oktober wollen sie unter drei verschiedenen Motto („Gegen Polizeiwillkür und staatliche Gewalt“, „Kapitalismus abschalten – Zinsherrschaft brechen“ und „Zukunft statt Krisenzeiten“), mit drei verschiedenen Veranstaltungsorten für Chaos in Leipzig sorgen. Ob zu diesen bisherigen Anmeldungen noch weitere hinzukommen, wird sich zeigen.

Die Anmeldenden in diesem Jahr sind übrigens keine Unbekannten. Tommy Naumann, Vorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten in Sachsen, war bereits Anmelder der geplanten Demonstration am 17. Oktober des vergangenen Jahres. Dieser wurde bekanntlich durch die Polizei aufgelöst, nachdem die Einsatzkräfte durch Neonazis angegriffen worden waren. Kraft seines Amtes ist er ebenso Mitglied im Vorstand der sächsischen NPD.

Istvan Repaczki wurde als Anmelder diverser Aufmärsche von Neonazis im Jahr 2008 bekannt. Damals versuchte er die Tragödie um den Tod seiner Nichte politisch zu instrumentalisieren und für nationalsozialistische Propaganda zu nutzen. Er ist außerdem als Sachbearbeiter der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag angestellt.

Beide sind seit Jahren als aktive Neo-

nazis bekannt und waren Mitglieder der sogenannten „Freien Kräfte Leipzig“. Teile dieser Gruppe gingen 2008 in der JN-Ortsgruppe in Leipzig auf, welche ihren Sitz in der Odermannstraße in Lindenau hat. Auch deren Vorsitz hat Tommy Naumann inne.

Naumann und Repaczki kandidierten



beide erfolglos 2009 auf der NPD-Liste für den Leipziger Stadtrat.

Mittlerweile gab es erste Bündnistreffen, um etwas gegen die geplanten Aufmärsche dieser braunen Umtriebe zu tun.

So haben sich bisher über 40 Menschen aus den verschiedensten gesell-

schaftlichen, kulturellen, religiösen, politischen und antifaschistischen Initiativen und Vereinigungen getroffen, um ihr gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

Einstimmig wurde beschlossen, sich den Neonazis erneut zu widersetzen und ihnen damit wie vor einem Jahr nicht die Straße zu überlassen.

In einem ersten Aufruf heißt es: „Wir selbst sind verantwortlich für die Stadt und die Gesellschaft, in der wir leben. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns die Entschlossenheit, den erstarkenden Neonazi-Strukturen unsere Überzeugung, unseren Mut und Verstand, unsere Gemeinsamkeit und Vielfalt entgegenzusetzen.“

DIE LINKE. Leipzig wird sich aktiv in den Prozess der Vorbereitungen einbringen. Vielleicht gelingt es der Stadt Leipzig diesmal, ein gerichtsfestes und bestehenbleibendes Verbot sämtlicher Naziveranstaltungen an diesem Tag auszusprechen.

Für Informationen zu geplanten Gegenaktivitäten besucht bitte die Internetseite des Bündnisses: <http://www.leipzig-nimmt-platz.de>. Auch auf unserer Internetseite (www.dielinke-leipzig.de) werden wir über geplanten Aktivitäten an diesem Tag informieren.

Sören Pellmann
stv. Vorsitzender DIE LINKE. Leipzig



16.10.

Neonaziaufmärschen widersetzen

Gemeinsam und gewaltfrei
gegen die Aufmärsche der
Nationalen Sozialist_innen

Autumsmash – Schülerbandfestival im ANKER am 15. Oktober 2010

Das Bürgerbüro der Landtagsabgeordneten Cornelia Falken veranstaltet gemeinsam mit dem Soziokulturellen Zentrum ANKER e.V. und Unterstützung des Stadtverbandes ein Schülerbandfestival. Die Bands The Fruitcakes, The Saltlake Saviors, The Bellybuttons,

Rockart und The Cangoroos, deren Mitglieder von verschiedenen Leipziger Schulen kommen, erhalten am 15. Oktober 2010 die Möglichkeit, im ANKER vor Publikum aufzutreten.

Cornelia Falken knüpft so an die guten Erfahrungen aus dem Jahr 2008 auf der



Parkbühne an. Junge Menschen können sich hier ausprobieren und ihr Können unter Beweis stellen. Häufig haben die Schülerbands kaum Möglichkeiten aufzutreten, zudem spürt die „Szene“ auch im Bandbereich den Rückgang der Geburtenzahlen, was den Spielraum für Proben und Auftritte zusätzlich einengt.

Alle sind herzlich eingeladen. Für jeden Geschmack ist etwas dabei und die Stimmung wird besser, je zahlreicher die Gäste!

Wer Lust und Zeit hat, kann uns gern am 15. Oktober vor Ort unterstützen. Die Bandmitglieder sollen von uns tagsüber während der Proben und am Abend zum Auftritt verköstigt werden. Salate und Kuchenspenden nehmen wir am 15. 10. ab 15.00 Uhr im ANKER sehr gern entgegen. Die jungen Leute freuen sich auf Euch!

Autumsmash – Schülerfestival im ANKER, 15.10.2010, Beginn 20.00 Uhr, Einlass ab 19.00 Uhr, Eintritt: 4 Euro

Dr. Skadi Jennicke

Moderne Sklaverei

Menschenhandel ist die Geißel der Gegenwart. Die moderne Form der Sklaverei, welche eine schwerwiegende Form der Menschenrechtsverletzung darstellt, ist auch ein gewinnbringendes Geschäft. Nach Drogen- und Waffenhandel liegt der Handel mit Menschen auf Platz 3 der profitablen Einkommensquellen im Bereich der organisierten Kriminalität.

Schätzungen gehen davon aus, dass jedes Jahr mehrere hunderttausend Menschen in die EU oder innerhalb der EU verschleppt werden. Genaue Zahlen fehlen, da naturgemäß der Polizei und den Behörden die meisten Opfer nicht bekannt sind.

Menschenhandel umfasst "die Anwerbung, Verbringung oder Aufnahme von Personen durch Nötigung, Täuschung oder Missbrauch von Macht zum Zwecke der Ausbeutung, einschließlich sexueller Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeitskraft, zum Zwecke der Zwangsarbeit, der Leibeigenschaft oder anderer Formen der Ausbeutung wie der Organentnahme".

Die Ursachen für Menschenhandel sind mit den vielfältigen Gründen für

Migration stark verwoben. Sie haben ihren Ursprung in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren wie Armut, Diskriminierung, häuslicher Gewalt, bewaffneten Konflikten oder auch familiären Problemen.

Besonders betroffen sind Frauen und Kinder.

Um dem Menschenhandel auf EU-Ebene begegnen zu können, wurde 2002 der Rahmenbeschluss zur Bekämpfung des Menschenhandels erlassen. Die später durch die Europäische Kommission angenommene Durchführungsrichtlinie beinhaltet die Unterstützung von Drittstaatsangehörigen, die Opfer von Menschenhandel sind, und sieht die Erteilung von Aufenthaltstiteln für diese Personen vor. Genau diese Richtlinie soll nun hinsichtlich der Angemessenheit und dem weiteren Ausbau von Schutzmaßnahmen, welche die einzelnen Mitgliedstaaten den Opfern gewähren, geprüft werden.

Ziel der neuen Richtlinie ist es den Menschenhandel in Europa effektiver zu bekämpfen und die Opfer besser zu unterstützen.

So sieht beispielsweise der neue Richt-

linienentwurf eine Definitionserweiterung von Menschenhandel vor, wonach nun auch zum Betteln gezwungene Personen mit eingeschlossen werden oder auch die Ausweitung der medizinischen und psychologischen Hilfe für die Opfer, während und nach dem Strafprozess. Wichtige Ergänzungen für die strafrechtliche Dimension des Menschenhandels.

Wir als Linke im Europaparlament setzen uns insbesondere für den Opferschutz ein. Gerade der ungeklärte Einwanderungsstatus der Opfer macht sie besonders schutzbedürftig. Wichtig sind auch die Sensibilisierung, Trainings und entsprechende Ausbildung von MitarbeiterInnen von Polizei, Sozialbehörden und juristischem Personal, die im präventiven Bereich tätig sind und mit Opfern von Menschenhandel zu tun haben.

Darüber hinaus muss die Prävention von Menschenhandel ebenenübergreifend erfolgen und das heißt auch die Situation, vor allem auch die ökonomische Situation der Menschen in den Herkunftsländern zu verbessern und zu stärken.

Dr. Cornelia Ernst

So einfach ist es nicht:

In der Ausgabe 7-8/2010 von Sachsens Linke las ich die Stellungnahme von Mitgliedern der LINKEN und Linksjugend Leipzig zu den Ereignissen im Gaza-Streifen, gemeint sind Versuche der Rechtfertigung des Aufbringens der „Free-Gaza-Flottille“ durch die Armee Israels und der Blockade Gazas.

Ich fasse den Artikel als ein Angebot zur Diskussion auf, das ich annehmen möchte.

Ich denke darin sind wir uns einig; der Staat Israel ist ein „Kind“ der Machtverhältnisse nach dem 2. Weltkrieg und steht nicht zur Diskussion! Zur Diskussion steht aber – wie bei jedem Staat – seine Gesellschaftsordnung, sein Umgang mit Minderheiten, Religionen, seine Außenwirkung usw. Das zu gestalten, ist Aufgabe der Staatsbürger. Was eine Demokratie vermag, wissen wir, wir kennen auch ihre Unzulänglichkeiten...

Erfolge oder was als solches deklariert wird, werden in der Demokratie von den gewählten Vertretern – nach meiner Meinung – ausreichend gefeiert, Misserfolge, Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen von Bürgern klein geredet. Will der Bürger sein Missfallen äußern, darf er im Rahmen der festgelegten Normen demonstrieren. Er darf das auch, wenn er der Meinung ist, dass das Völkerrecht nicht eingehalten wird.

Nicht einer Meinung bin ich mit den Verfassern, wenn sie meinen, dass mit dem Durchbrechen der Blockade israelische Hoheitsrechte verletzt würden. Wer gibt Israel die Hoheit über die Gewässer vor Gaza? Gaza ist nicht Israel! Die Passage, in der politischen Linken

überwiege eine vernichtende Kritik an Israel, die von den Ereignissen im Mittelmeer abstrahiert und den jüdischen Staat in seinen Grundfesten angreift, ist gezielt desinformierend. Nicht nur in der politischen Linken wurde Kritik an dem Auftreten des Staates Israels laut. Mir ist nicht bekannt, dass von Linken an den Grundfesten Israels gerüttelt wurde.

Das Dilemma der Missverständnisse sehe ich darin, dass Begrifflichkeiten nicht einheitlich verstanden werden und oft keine Bereitschaft besteht, den anderen verstehen zu wollen. Besonders befremdet mich das unter Linken!

Ich bin Araber, also – genau so wie der Jude aus dem arabischen aus Judäa – Semit, wie kann ich antisemitisch sein. Ich bin von Geburt Moslem, von der Weltanschauung Sozialist, warum sollte ich judenfeindlich sein? Für mich hat der Mensch als Mensch Wert, seine Weltanschauung ist nicht primär, in jedem Fall respektiere ich sie.

– Die Palästinenser sind für mich genauso Menschen, wie Israelis, Deutsche und alle Menschen auf dieser schönen Erde.

– Sie haben Grundbedürfnisse wie andere Weltbewohner, dazu gehören Arbeit, Essen, Trinken, Energieversorgung, Schulbildung, Grundbesitz und auch das Recht, einen eigenen Staat zu bilden. Kein Staat hat das Recht ihnen dies zu enthalten.

– Bei aller Sympathie, die die Verfasser des Artikels für das jüdische Israel hegen und bei aller berechtigten Kritik an der HAMAS und allen radikalen, dazu

sollten auch jüdische fanatische Bewegungen gehören, sollen Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden.

– Nicht die Palästinenser haben internationale Verträge gebrochen, (sprich: Bildung von zwei Staaten, Siedlungsstopp, gegenseitige Anerkennung, etc.), sondern die israelischen Regierungen. Nicht die Palästinenser haben Izchak Rabin ermordet, sondern ein fanatischer israelischer Jugendlicher, der jetzt freigelassen wurde.

– Nicht die Palästinenser haben die Mauer gebaut, die die Anderen aussperrt, sondern umgekehrt.

– Andere aussperren und von der Welt abschneiden sind menschenfeindliche Handlungen und tragen nicht zur Lösung der bestehenden Probleme bei, genauso wenig wie der Gebrauch von international geächteten Waffen. Nicht die HAMAS, deren Politik ich keinesfalls befürworte, ist der Leidträger der Aussperrung und Ausgrenzung sondern wehrlose und einfache Menschen.

Für mich ist es verhängnisvoll und inakzeptabel, wenn Linke oder Sozialisten sich bedingungslos, für die Verteidigung der Interessen des jüdischen Staates engagieren genauso eines christlichen oder islamischen Staates. Für mich ist und bleibt er der Staat Israel.

Ich lese jetzt das Buch von Shlomo Sand „Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand“, ein Buch, das mir die Hoffnung gibt, dass es Menschen gibt, mit denen man einig sein kann und dass – sicherlich nicht heute – auch der Nahe Osten Frieden findet.

Hassan Zeinel Abidine

Cuba si Leipzig - AG der Partei DIE LINKE

Die AG Cuba sí Leipzig führt am Di, **28. September 2010, von 15:00 bis 18:00 Uhr**, im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, die nächste Sammelaktion materieller Spenden für Kuba durch.

Neben dem bisher bekannten Standardsortiment, wie z. B. Fahrräder, Bettwäsche, Arbeitsbekleidung, Werkzeuge, Spielzeug usw. wird diesmal verstärkt Büromaterial aller Art gesammelt.

- Kopierpapier A4 weiß und farbig
- Kugelschreiber, Bleistifte, Textmarker
- Locher
- Briefumschläge groß, mittel und klein

- Notizblöcke, Notizbücher/Kladden
- Lineale, Radiergummis, Büroklammern
- Ordner, Klarsichthüllen
- CD- und DVD-Rohlinge

Trotz alledem

Die AG Frieden & Gedenken war erstmalig als solche bei der Gedenk- und Kundgebungsveranstaltung auf dem Nikolaikirchhof, anlässlich des "Weltfriedenstag" vertreten. Alle Mitglieder waren vor Ort.

Auch die bekannten AG's, wie AG Senioren, Cuba si, Soziale Politik und weitere, trugen mit ihren Ständen und aktiver Gestaltung dazu bei, dass zusätzlich zum Programm des Veranstalters Informationen über die Arbeit der AG's unters Volk gebracht werden konnten.

Nur mit dem Volk ist das so eine Sache! Es war m. E. zu wenig vertreten.

Liegt es daran, dass zum 1. September, dem "Weltfriedenstag" - und das seit Jahrzehnten - zu viele Veranstaltungen in dem Zeitfenster von 17:30 Uhr bis 19:00 Uhr durch Politiker der Partei DIE LINKE organisiert wurden und das "Volk" abgezogen haben.

Ich hoffe im positiven Sinne, dass es so war.

Als AG nutzen wir das INFO-MOBIL

der Partei als Transportmittel für den Veranstalter und als Werbeträger für die Plakate gegen den Krieg in Afghanistan.

Diese Plakate wurden durch Teilnehmer und Besucher der Veranstaltung gut angenommen und intensiv studiert.

Auch gab es viel Beifall bei der Durchführung der verschiedenen Programmpunkte des Veranstalters.

Neben der Bekundung, dass für alle Zeit Krieg aus dem Leben der Menschheit verbannt werden muss und insbesondere der Einsatz von Kindern als Soldaten weltweit zu verbieten ist, stand die Verleihung des Alternativen Friedenspreises im Mittelpunkt des späten Nachmittags. Er wurde das dritte Mal vergeben. Diesmal erhielt ihn Frau Nitzsche für ihren persönlichen Einsatz und ihre Aktivitäten im Verein "Medizin für Gambia".

Als letzter Höhepunkt war das Aufsteigen von Friedenstauben vorgesehen.

Leider mangelte es an diesen. Dafür wurden die schon bekannten blauen

Luftballons mit den weißen Friedenstauben durch DIE LINKE. Stadtverband Leipzig zur Verfügung gestellt.

Einige Verwunderung gab es schon unter den zahlreich anwesenden Mitgliedern unserer Partei, dass nicht das Vorstandsmitglied Genossin Deutschmann die Luftballons aufsteigen ließ, sondern sie diese der Landtagsabgeordneten Frau Petra Köpping (SPD) übergeben durfte.

Diese Übergabe erfolgte vor der Bühne. Ein gemeinsames Aufsteigen lassen indes hätte ein gutes Omen für einen gemeinsamen Kampf gegen die Kriege auf dieser Welt sein können.

Wenn die Beteiligung durch weitere Verbände und Vereine an dieser Mahnveranstaltung wünschenswert ist, die Beteiligung von Bundestags- und Landtagsabgeordneten (außer SPD) mehr als zu wünschen übrig lässt und der Strom von Besuchern mehr als dürftig war, bleibt es für die Mitglieder der AG Frieden & Gedenken bei dem Ausspruch "Trotz alledem"

Siegmond Mai

Sprecher der AG Frieden & Gedenken

Leipzig braucht Technikzentrum der LVB dringend LINKE unterstützt Aufforderung der LVB-Belegschaft an Ministerpräsident Tillich

Die öffentlich gewordene Forderung der LVB-Belegschaft an den sächsischen Ministerpräsidenten Tillich, sich für die Realisierung des Technischen Zentrums persönlich einzusetzen, wird von der Leipziger LINKEN und ihren vier Landtagsabgeordneten Cornelia Falken, Dr. Volker Külöw, Dr. Dietmar Pellmann und Dr. Monika Runge vorbehaltlos geteilt und auch weiterhin mit den politischen Mitteln der größten Oppositionspartei im Sächsischen Landtag konsequent unterstützt. Das Technikzentrum ist für den weiteren Ausbau eines attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Leip-

zig unverzichtbar. Wir halten die Verweigerung der Fördermittel durch den Freistaat für ein grobes arbeitsmarkt- und verkehrspolitisches Versagen der sächsischen Staatsregierung, namentlich des Wirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Sven Morlok (FDP). Es kann nicht sein, dass dieses wichtige Investitionsprojekt in den unersättlichen Schlund des City-Tunnels kracht.

Die Leipziger LINKE und ihre Landtagsabgeordneten werden sich in den bevorstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2011/2012 für eine durchdachte Nahverkehrspolitik in Sachsen

und Leipzig einsetzen, die die im Zusammenspiel verschiedener Verkehrsmittel zuverlässig klappt, einer modernen Wartung die notwendige Aufmerksamkeit widmet, für alle Benutzer bezahlbar bleibt und ökologisch Zeichen setzt. Mit einem solchen Ansatz scheint der zuständige Minister allerdings heillos überfordert. Die Staatsregierung muss endlich ihren Tunnelblick aufgeben und Heiterblick, das geplante Technikzentrum der LVB, großzügig fördern. Der Super-GAU im Leipziger Nahverkehr ab 2013 - Regionalzüge im Tunnel, die LVB hingegen in der Sackgasse - ist mit allen Mitteln zu verhindern. Tillich muss sich persönlich um das Projekt kümmern und das Versagen seines Stellvertreters ausbügeln.

Dr. Volker Külöw

Podiumsdiskussion

Im Rahmen der INTERKULTURELLEN WOCHEN LEIPZIG veranstaltet die Gesellschaft für Völkerverständigung am 23. Sept., ab 19:00 Uhr in der Aula der Apollonia-von-Wiedebach-Schule, Arno-Nitzsche-Straße 7 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Bessere Integration von Migranten in Deutschland“. Geladene Gäste sind u.a.: Sevim Dagdelen MdB, Die Linke, Daniela Kolbe MdB, SPD, Monika Lazar MdB, Bündnis 90/Die Grünen Nabil Yacoub, Mitglied des Ausländerrates Dresden

Plakatausstellung

„Kein Mensch ist illegal“ (Netzwerk gegen Abschiebung und Ausgrenzung in Köln) vom 1.10. bis 22.10.2010 im linxxnet, Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig.

Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Die Rolle der Gewerkschaften heute!“

Die Veranstaltungsreihe „Die Rolle der Gewerkschaften heute!“ wird von der AG „betrieb&gewerkschaft“ in Kooperation mit der AG „Soziale Politik“ im Oktober fortgesetzt. Ziel der Reihe ist, die Mitglieder der Partei und darüber hinaus auf die Notwendigkeit von Gewerkschaften im Allgemeinen und bei den Sozialprotesten im Besonderen hinzuweisen.

Die Folgeveranstaltung steht im Zeichen der vom DGB ausgerufenen Herbstproteste vom 20.10. bis 13.11.2010. Dabei geht es um die Themen:

1. Gemeinsam für die Zukunft stark machen – Für eine breite Massen-

bewegung gegen den sozialen Kahlschlag

- Welchen Beitrag können dazu die Gewerkschaften leisten?

- Wie kann der zunehmenden Entsolidarisierung zwischen abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, prekär Beschäftigten, Generation Praktika u.a. entgegen gewirkt werden?

2. Problemfelder gewerkschaftlicher Forderungen und gesellschaftlicher Realität

- Spannungsfeld gesetzlicher Mindestlohn vs. Tarifabschlüsse

- Spannungsfeld gesetzlicher Mindest-

lohn von 8,50 € und Forderung nach mindestens 10 € der sozialen Bewegungen

- Spannungsfeld Mindestlohn und Erhöhung ALG-II-Regelsatz auf 500 €

- Spannungsfeld Tarifmacht

Auch diese Folgeveranstaltung soll als offene Veranstaltung für alle Interessierten durchgeführt werden. Sie findet am 19.10.2010, um 18:00 Uhr, im Erich-Schilling-Saal (5. Etage) des Leipziger Volkshauses in Form einer Podiumsdiskussion mit anschließender, offener Debatte statt.

Thomas Netzer & Andreas Elze
AG „betrieb&gewerkschaft“

Petra Weißfuß
AG „Soziale Politik“

Was tun, um breitesten Protest gegen die Herrschenden zu befördern?

Gedanken im Vorfeld des „Heißen Herbstes“ gegen die Kahlschläge der Bundesregierung

Immer konkreter und zugleich vielschichtiger entwickeln sich die Proteste gegen den Sozialkahl Schlag dieser Regierung zu Lasten der Schwachen. Dabei geht es schon längst nicht mehr allein um das Millionenheer der Erwerbslosen, Geringverdienern und arm in anderen Varianten. Längst sind Unsicherheit und Zukunftsangst bei der Mittelschicht, beim Bildungsbürgertum, bei kleinen und mittleren Unternehmern sowie bei den Hunderttausenden der Arbeitslosigkeit durch Selbständigkeit eingezogen.

Mit diesen neuartigen sozialen Verwerfungen ist einerseits der Zustrom neuer Schichten in die „klassischen“ Kämpfe um soziale Gerechtigkeit zu begrüßen, andererseits entstehen neue Anforderungen an die Gestaltung von Bündnissen, die mit ihren Aktionen auch nachhaltige Wirkung und Änderungen in der Regierungspolitik erzwingen können. Im Übrigen macht diese Herausforderung auch nicht Halt an Parteigrenzen oder gewerkschaftlichen Organisationen.

Spätestens mit der durch die Agenda 2010-Politik der Schröderschen Regierung eingeleiteten Umkehr vom sozialstaatlichen Auftrag zu einer neoliberalen Politik für die Bosse werden breite

Schichten von der Angst um Existenzsicherheit eingeholt. Schwarz-Gelb holt nunmehr ungebremst und offen zum Rundum – Kahlschlag aus.

Noch hält sich der Protest dagegen in Grenzen, aber der Herbst 2010 könnte sich zu einem vielgesichtigen Aufbegehren entwickeln und diese Regierung in die Schranken weisen, ja, wenn es uns denn gelingt, die Entsolidarisierung zu überwinden und mit vereinter Kraft machtvollen Druck auszuüben. Dazu gibt es sowohl Chancen als auch Hemmnisse, stehen längere Lernprozesse vor den Akteuren.

Gefragt ist letztendlich nach der alle Einzelinteressen verbindenden Klammer – der sozialen Frage. Hierin treffen sich die Forderungen nach Atomaustrieg; Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan; nach einem chancengleichen Zugang zu Bildung und Kultur; einem Gesundheitswesen frei von der Allmacht der Pharmakonzerne und für jeden zugänglich; einer Alterssicherheit ohne Armut; Berufschancen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel; Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West, für Mann und Frau, für Festangestellte und Leiharbeiter; Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes; eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie

Mindestsicherung bei Erwerbslosigkeit und im Alter.

Um es konkreter zu beschreiben: Alle Initiativen und Akteure berühren mit ihren jeweiligen besonderen Interessenslagen die Frage nach dem gesellschaftlichen Zustand, nach Gerechtigkeit und Demokratie. Es könnte ja so einfach sein! Ist es aber nicht, weil wir alle noch lernen müssen, uns in der Vielschichtigkeit zu akzeptieren, Trennendes zur Kenntnis zu nehmen, auf gleicher Augenhöhe miteinander umzugehen, Toleranz zu anderen Meinungen zu entwickeln und gegenseitige Lernfähigkeit zuzubilligen.

Abschließend soll versucht werden, dass bisher Beschriebene in die aktuelle Konkretheit des Herbstes 2010 zu übertragen:

Erstens: Wirkungsvoller Protest braucht Bündelung der Kräfte.

Hierbei zeichnen sich deutliche Fortschritte ab. Und dennoch marschieren Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Atomkraftgegner, Aktivisten gegen die Allmacht des Finanzkapitals, Kommunen und andere Initiatoren nicht gemeinsam in einer Front. Damit geht eine Flut von einzelnen Protestaktionen einher, die letztlich alle schwächt.

Zweitens: Protest braucht Teilnehmer, die es sich auch „leisten“ können. Auffallend ist jedoch, dass für das Potential der Millionen von Armut Betroffenen kaum Angebote für die Beteiligung an den großen Protesten gibt bzw. ihre unmittelbare Lebenssituation kaum ange-

sprochen wird.

Die AG Soziale Politik in und bei DIE LINKE. Leipzig reagiert auf skizzierte Gesamtsituation mit folgender Schwerpunktsetzung:

- 29.09.2010 DGB-Aktionstag im Rahmen des europäischen Protesttages Für Leipzig steht hier die Mobilisierung nach Dresden im Mittelpunkt; auch für eine ergänzende lokale Demonstration gibt es Initiativen, die wir ebenfalls unterstützen werden
- 10.10.2010 bundesweite Demonstration in Oldenburg unter dem Motto „Krach schlagen statt Kohldampf schieben – Mindestens 80 EURO mehr für Lebensmittel sofort!“ Für die besondere Hervorhebung der

Demonstration in Oldenburg gibt es gute Gründe:

- Mit dem Initiator ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg) gibt es bereits enge örtliche Verbindungen (Casablanca e.V., AG Soziale Politik, linXXnet). ALSO ist eine der erfahrensten und ältesten Erwerbsloseninitiativen der BRD.
- Ausrichter sind in einer neuen Bündnisqualität sowohl Erwerbsloseninitiativen als auch gewerkschaftliche Interessenvertreter der Erwerbslosen (Tacheles e.V., Erwerbslosen Forum Deutschland, BAG Prekäre Lebenslagen e.V., ABSP, ver.di – Erwerbslose, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) und ALSO

- Die fehlende Lobby für diese Aktion (die Gewerkschaften konzentrieren ihre Mittel verständlicherweise auf den 29.9. und die Aktionswochen Ende Oktober/Mitte November), sowie die Tatsache, dass es sich mehrheitlich um Teilnehmer ohne existenzsichernde Einkünfte handelt, bedarf dieser besonderen Form der Unterstützung.

Natürlich informieren wir auch über alle übrigen bundesweiten, regionalen oder örtliche Protestaktionen, soweit unsere Kräfte reichen!

Petra Weißfuß
Sprecherin der AG „Soziale Politik“

Bildungsfahrt 2010 nach Ravensbrück und Burg

Es war wieder soweit: die diesjährige Bildungsfahrt nach Ravensbrück am 4.



und Burg am 5. September fand statt. 30 Leute, darunter auch drei Stadträte der LINKEN, fuhren am Samstagmorgen um 7:15 Uhr nach Ravensbrück in das ehemalige Frauen-Konzentrationslager. Dort angekommen haben uns unserer Gruppenleiter begrüßt und die Führung durch das Lager begann. Von einem zentralen Platz aus, welcher vom Aufseherinnenhaus, der Kommandantenzentrale und den Häusern der SS-Befehlshaber umgeben ist, erhielten wir einen groben Überblick über den Aufbau des

ehemaligen Konzentrationslagers. Im Gegensatz zu dem Konzentrationslager in Dachau - dort fand die letzte Bildungsfahrt statt - hat man in Ravensbrück nicht das Fundament der Baracken, sondern eine Vertiefung in den Boden eingearbeitet. Dadurch wird die Dimension des Lagers sichtbar. Des Weiteren besichtigten wir den Zellenbau, der in seiner Architektur dem Arbeitsamt von Leipzig gleicht. Interessanter aber sind die verschiedenen Gedenkräume über die Opfer. Nur 2.000 Menschen von insgesamt 153.000 Inhaftierten konnten die Befreiung durch die Rote Armee miterleben. Viele von ihnen starben jedoch kurz nach der Befreiung beziehungsweise litten noch Jahrzehnte an den Folgen ihrer KZ-Haft.

Bis auf das Gedenkareal mit der Bronzeskulptur im Zentrum am Ufer des Schwedtsees wurde die Anlage bis Januar 1994 noch militärisch genutzt.

Seit 2002 existiert auf dem Gelände eine Internationale Jugendbegegnungsstätte, ein Ort der historisch-politischen Bildung.

Man kann in Ravensbrück auch in einer Jugendherberge, welche sich direkt auf dem Gelände befindet, übernachten. Das klingt zwar absurd, war aber ein Wunsch der Opfer von Ravensbrück.



Nach einem kurzen Imbiss, ging die Fahrt weiter zu unserer Jugendherberge in Klein-Köris. Dort schauten wir den Film „Olga Benario“, der uns alle tief bewegt hat.

Es ist schon fast zur Tradition geworden mit einem bis in den frühen Morgen reichenden Lagerfeuer den Tag zu Ende gehen lassen.

Am nächsten Morgen, nach einem gesunden, ausreichenden Frühstück fuhren wir in das DDR-Museum nach Burg. Die Meinungen darüber sind kontrovers. Auf der einen Seite waren Leben und Alltag in der DDR gut dargestellt, andererseits fehlte die wissenschaftliche Aufarbeitung wie es sich für ein Museum gehört.

Da wir uns nun einmal im Spreewald befanden, haben wir uns kurzer Hand dazu entschlossen eine Bootsfahrt über die Spree zu machen. „Eine Bootsfahrt die ist lustig, eine Bootsfahrt die ist schön“ beschreibt diese perfekt. Nachdem wir wieder Boden unter den Füßen hatten, ging es schnurstracks nach Leipzig zurück und ein wunderschönes Wochenende ging zu Ende.

Franziska Lange



Leipzig braucht dringend das Technikzentrum der LVB

Das Technikzentrum der LVB in Heiterblick ist langfristig geplant, gut vorbereitet und dringend notwendig. Für den weiteren Ausbau eines attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs in Leipzig ist es unverzichtbar!

Mit Empörung hat die Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat die Verweigerung der Fördermittel durch den Freistaat Sachsen aufgenommen. Völlig unverständlich ist eine solche Entscheidung durch einen Wirtschaftsminister, der als Person jahrelang dem LVB-Aufsichtsrat angehörte und in dieser Eigenschaft das Projekt bestens kennen und um seine Bedeutung wissen sollte. Es kann nicht sein, dass kommentarlos zusätzliche Millionen in den City-Tunnel fließen und andererseits bereits zugesagte Fördermittel nun doch nicht gewährt.

Für DIE LINKE zeigen die Aussagen des sächsischen Wirtschaftsministers in der LVZ vom 11. August, welchen wirtschaftspolitischen Ansatz Herr Morlok verfolgt, nämlich den, dass es Unternehmen 1. und 2. Klasse geben soll. "Unser Ziel ist klar: Wir setzen auf ge-

sunde Unternehmen, die in die Zukunft investieren und so den ersten Arbeitsmarkt stärken." meint Morlok und setzt dabei offensichtlich nur auf gesunde private Unternehmen. Die LVB meint er offensichtlich damit nicht, obwohl diese wirtschaftlich so gesund sind, dass die Stadt ihre Verpflichtungen aus dem Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag seit Jahren immer weiter absenken konnte.

Auch wenn Herr Morlok die Kürzungen für den laufenden Betrieb im öffentlichen Personennahverkehr mit den Haushaltszwängen des Freistaates verteidigt, kürzt er, entgegen seiner Aussage, de facto auch bei den Investitionen.

Morloks Verweigerung, das Technische Zentrum Heiterblick zu fördern, trifft das Leipziger Unternehmen nicht nur deshalb so hart, weil sie eine betriebswirtschaftlich und technisch dringend notwendige Investition verhindert, sondern weil der LVB und der Stadt damit eine strategische Entwicklungsrichtung des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs verbaut wird.

Sie trifft das kommunale Unternehmen auch deshalb hart, weil seitens des Freistaates lange Zeit Signale für eine Förderung des Technikzentrums gesendet wurden. Erst seit Herr Morlok Wirtschaftsminister ist, hat sich dies geändert. Der Verdacht liegt nahe, dass dem FDP-Politiker nicht daran liegt, ein kommunales Unternehmen zu fördern. Im Gegenteil, es scheint ihm daran gelegen zu sein, dass die LVB ihre Fahrgäste weiter mit veralteter Technik befördern und dass Reparaturen und turnusmäßige Wartungen nicht mehr in Leipzig stattfinden. Sollen sich doch Bombardier oder andere private Unternehmen eine goldene Nase verdienen. Ist doch gleich, dass die Beförderungsleistung darunter leiden könnte, das Unternehmen einen Imageschaden zu erwarten hätte und Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt gefährdet werden.

Uns scheint, dem Minister ist seine Wahlkreisstadt Leipzig völlig egal.

Der Fraktion DIE LINKE ist das nicht egal. Wir fordern den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen auf, hier endlich zu korrigieren. Wir unterstützen die Intension des Briefes der Arbeitnehmervertreter an Herrn Tillich.

William Grosser
wirtschaftspolitischer Sprecher

Linksfraktion im Stadtrat zu Leipzig begrüßt Leitziele zur Integration

Barrieren für die abbauen, die strukturell benachteiligt sind

Zu den Äußerungen von Wolf-Dietrich Rost, Stadtrat und Landtagsabgeordneter der CDU, erklären die Stadträtinnen Juliane Nagel und Mandy Gehrt:

Herr Rost scheint die Vorlage „Leitziele zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Leipzig“ nicht sorgfältig gelesen zu haben. In der Präambel steht explizit, dass „Integration [...] als beiderseitiger Prozess verstanden“ wird. Seine Kritik geht damit ins Leere. Vielmehr noch zeigen seine Äußerungen sehr deutlich, wie wenig bereit Teile der deutschen Gesellschaft sind, den eingeforderten beiderseitigen Integrationsprozess anzugehen.

Mit einem Gesamtkonzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten, zu dem die vorliegenden Leitziele führen sollen, soll die systematische institu-

tionelle und gesellschaftliche Benachteiligung von MigrantInnen in unserer Stadt abgebaut werden. In den Blick genommen werden dabei das Bildungssystem, der Bereich der Erwerbsarbeit, die gesundheitliche Versorgung oder die politische Teilhabe.

Noch immer sind Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Noch immer haben es nicht-deutsche Kinder und Jugendliche in Kita und Schule ungleich schwerer (ExpertInnen sprechen von einer Mehrfach-Benachteiligung, u. a. durch geringere familiäre Ressourcen oder schlechtere Bewertungen trotz gleicher Leistungen wie deutsche SchülerInnen). Nicht zuletzt mangelt es an adäquaten politischen Teilhabemöglichkeiten. Beispielsweise sind die Kompetenzen des städtischen MigrantInnenbeirates unterentwickelt, vor allem ist er nicht durch die in Leipzig lebenden MigrantInnen

legitimiert.

Dass Rost den SPD-Politiker Dr. Thilo Sarrazin als Kronzeugen für seine ablehnende Äußerung zu den Integrationsleitziele bemüht, befördert latenten Rassismus, der die größte Hürde für ein gleichberechtigtes Miteinander ist und bleibt. Selbst die Deutsche Bundesbank hat mittlerweile die Abberufung Sarrazins wegen dessen rassistischer und antisemitischer Äußerungen eingeleitet.

Die Linksfraktion im Stadtrat zu Leipzig unterstützt die Leitziele zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Leipzig und fordert die Stadtverwaltung auf, Vereine und Initiativen aus dem Migrations-/Flüchtlingsarbeitsbereich verbindlich in die Erarbeitung des Integrations-Konzeptes einzubeziehen. Ein stärkeres Augenmerk sollte zudem auf die Belange Asylsuchender gelegt werden.

Juliane Nagel
Mandy Gehrt

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Mittwoch, 19:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

1. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagisträle, Straße des 18. Oktober 10 a

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

dienstags, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 5.015, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Mi., 22. September 2010 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Das schwarz-gelbe Sparpaket und die linke Alternative, Diskussionspartnerin: Dr. Barbara Höll, MdB, Stadtteilzentrum Messemagisträle, Straße des 18. Oktober 10 a

Do., 23. September 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 23. September 2010 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Birgitt Mai, Anker, Renft-Str. 1.

Mo., 27. September 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 28. September 2010 - 12:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Skadi Jennicke, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Di., 28. September 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

Do., 30. September 2010 - 17:00 Uhr

Die Leipziger Autorin Brigitte Schubert liest Auszüge aus Ihrer Neuerscheinung Geschichten aus dem Schwemmsandland. Bürgerbüro Dr. Höll/Dr. Runge, Gorkistraße 120.

Fr., 1. Oktober 2010 - 19:00 Uhr

„Gekommen um zu bleiben? Migration mit Hindernissen“ Vortrag und Diskussion mit Farzin Akbari Kenari (Leipzig, urspr. Iran), linxxnet.

Mo., 4. Oktober 2010, 19:00 Uhr

"Reise ohne Rückkehr. Endstation Frankfurter Flughafen" Film und Diskussion, linxxnet.

Di., 5. Oktober 2010 - 19:00 Uhr

Diskussionsrunde: Anforderungen an ein Integrationskonzept für MigrantInnen in Sachsen bzw. Leipzig mit Freya-Maria Klingner (MdL) und Mandy Gehrt (Stadträtin), linxxnet.

Do., 7. Oktober 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 12. Oktober 2010 - 12:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Skadi Jennicke, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Di., 12. Oktober 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külow und Stadträtin Pia-Naomi Witte, Bürgerbüro MdL Dr. Volker Külow, Georg-Schwarz-Str. 8.

Sa., 16. Oktober 2010 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: "Che Revolution", LHL.

Mo., 18. Oktober 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 19. Oktober 2010 - 14:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdB Dr. Barbara Höll, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

Mi., 20. Oktober 2010 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Was verstehen wir unter gesellschaftlichem Reichtum. Gesprächspartner: Prof. Joachim Tesch, Stadtteilzentrum Messemagisträle, Straße des 18. Oktober 10 a.

Do., 21. Oktober 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Hartz IV Notruftelefon

01578 – 352 20 14

Mo. bis Sa.

8:00 bis 20:00 Uhr

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto-Nr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 10/2010 ist Donnerstag, 7. Oktober 2010. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.